

Keine Spirale des Dramatisierens

Monty Schädel kritisiert bei DGB-Sitzung die zögerliche Informationspolitik der Gipfel-Organisationen

Das brisante Thema Nato-Gipfel stand erneut auf der Tagesordnung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Ortsverband Kehl-Hanauerland.

06.02.2009 - Kehl. »Derzeit wirbeln viele verwirrend machende Infos in der Öffentlichkeit«, hieß es in der jüngsten Sitzung der DGB-Runde. Nicht umsonst war der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft, Monty Schädel, in die Sitzung eingeladen worden, um etwas mehr Licht in die Sache zu bringen.

Der ehemalige Koordinator der G8-Proteste in Heiligendamm kritisierte vor allem die zögerliche Informationspolitik der Gipfel-Organisationen im Vorfeld und drängte auf eine baldige Aufklärung seitens der Verwaltungen in Kehl und Baden-Baden, aber auch seitens der Regierungspräsidien und der Veranstalter. »Die Demonstranten werden auf jeden Fall kommen, ob diese Punkte geklärt sind oder nicht«, meinte Schädel zu den geplanten Protestaktionen.

Der Sprecher der Nato-Gegner rief dazu auf, Ruhe zu bewahren

»Wir sollten nicht den Fehler machen, in Panik zu verfallen, das würde nur eine ›Spirale des Dramatisierens‹ auslösen und dem ganzen Szenario zuspieren, was letztendlich den vermeintlichen Grund für noch mehr Kontrolle und noch mehr Sicherheit liefern würde.« Trotz des Aufrufes zur Deeskalation stellte Schädel klar: »Wir werden unser Demonstrationsrecht wahrnehmen und planen auch Aktionen des zivilen Ungehorsams, das heißt etwa, wenn in Frankreich an diesen Tagen ein Demonstrationsverbot herrscht, werden wir dort trotzdem demonstrieren.«

Geplant sind neben Blockaden und einer internationalen Friedens-Demonstration auch ein internationaler Friedenskongress als Gegengipfel.

In den nächsten Wochen wollen die Nato-Gegner mit Informationen über die tatsächlichen Ausmaße und den aktuellen Stand der Vorbereitung der Proteste an die Bevölkerung der Region herantreten.

Wie der Vorsitzende des DGB-Ortsverbandes, Andreas Kirchgeßner, mitteilte, sind die DGB-Hauptamtlichen vom Landesbezirk mündlich aufgefordert worden, »im Rahmen der Nato-Tagung alle Aktivitäten im Namen des DGB zu unterlassen« – dazu gehöre der Aufruf zu Protestaktionen. »Wir wollen als Gewerkschaftler vor Ort dennoch weiterhin die Menschen über die Hintergründe der Veranstaltung informieren«, so Kirchgeßner.

Was auf die Bevölkerung in Kehl zukommt, davon berichteten nicht zuletzt betroffene Betriebsräte zur aktuellen Situation im Hafengebiet. Für Frank Zehe, Betriebsratsvorsitzender der Badischen Stahlwerke (BSW) gebe es Hinweise, dass die Betriebe im Kehler Hafen gezwungen sein könnten, die Produktion eine Woche lang erheblich herunterzufahren oder ganz einzustellen. Beim BSW könnte dies schlimmstenfalls ein Verlust von bis zu 20 Millionen Euro bedeuten.

Die Informationen, wer rechtlich für die Kosten aufzukommen habe, fließen auch hier spärlich, meinte der BSW-Betriebsrat. Dennoch sickern immer wieder neue Erkenntnisse durch, die allerdings von offizieller Seite noch nicht bestätigt wurden: So soll in der Halle auf dem Bürstner Versandplatz eine Krankenstation oder ein Lazarett eingerichtet werden. Die Fahrzeuge der Sicherheitskräfte werden in der Weststraße stehen. Welche weiteren Anfragen auf die Betriebe im Kehler Hafen zukommen, bleibt weiterhin im Dunkel. Eins scheint inzwischen geklärt zu sein: »Es gab bei uns eine Anfrage wegen der Toilettennutzung durch die Polizei während des Nato-Gipfels, und so weit wir informiert sind, hat unsere Betriebsleitung auch schon zugesagt«, meinte Bürstner-Betriebsrat Thomas Heidt. Auch bei den BSW habe es diese Anfrage gegeben – immerhin sind 15 000 Sicherheitskräfte im Gespräch.

Wo sich die voraussichtlich Zehntausende von Demonstranten erleichtern wollen und können, bleibt allerdings indes offen. »Diese bewusste Hinhaltenaktik mancher Stellen ist im wahrsten Sinne des Wortes ein ›besch... Zustand«, erboste sich ein Sitzungsteilnehmer.

Sicherheit: Kehler Hafen

Allen Protesten ungeachtet laufen die Sicherheits-Vorbereitungen zur Nato-Tagung bereits auf Hochtouren:

Das Kehler Hafengebiet, das zu diesem Anlass als«Sicherheitszone« deklariert werden soll, wird derzeit wie auch andere Kehler Stadtteile in Rheinnähe von Sicherheitskräften und Polizei genau unter die Lupe genommen. Rund um die Europabrücke und der Passerelle patrouilliert seit einigen Tagen französische und deutsche Wasserschutzpolizei gemeinsam. Beobachter berichten, dass die Bäume im Rheinvorland vorsorglich von störendem Laub und Ästen befreit worden sind, so dass eventuelle Demonstranten nicht darauf klettern können, und im Kehler Amtsgericht sollen während der Tagungstage mehrere Richter in Bereitschaft stehen und je nach Bedarf Überstunden schieben.